

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich 1.50 M. Preis monatlich 1.25 M. und
3.00 M. Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.25 M. (inkl. Postgebühren). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 877.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 877.

Nr. 94.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 24. April 1931.

13. Jahrgang.

Und der Fürst der Finsternis
hatte einen Rat bestellt:
Nennet ihr mich den Herrn der Welt?
Ja, ich bin's!
Wißt ihr auch, wie ich sie knechte?
Durch den Zins!
Denn das eine ist gewiß:
Geld und Geld ist zweierlei!
Räuber, Mörder, Ungerechte —
Laßt die paar doch immer laufen!
Sorgt mir lieber
Für ein rechtes Zinsenfieber!
Kann das Volk erst nichts mehr kaufen,
Wird es vollends wild und toll —
Eins, zwei, drei
Ist die ganze Hölle voll!

Boerling.

Wo ist der Hebel anzusetzen?

Die Kreise unseres Volkes, die in ernstlicher Betrachtung den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen nachgehen, kommen immer mehr zu der Erkenntnis, daß wir zu einer Aenderung unseres Währungssystems kommen müssen. Vor allen Dingen ist es die Goldwährung, deren Notwendigkeit immer mehr in Zweifel gezogen wird, weil ihre schweren Mängel immer stärker in die Erscheinung treten. Sie tritt immer deutlicher als die eigentliche Ursache der Weltwirtschaftskrise hervor, weil durch sie die Geldausgabe an den naturgegebenen Stoff gebunden ist, der gefunden werden muß. Die Gütererzeugung ist aber eine mechanische Angelegenheit geworden, die vollkommen in den Willen der Menschheit gestellt ist. Darum ist die Wirtschaft nicht mehr Schicksal, sondern Aufgabe der Menschheit, und wenn sie so kulturzerstörende und menschenverachtende Formen annimmt, so ist das die Schuld der Menschheit. Darum regt sich aber auch der sittliche Wille der Menschheit und fordert dringend die Beseitigung der Mißstände.

Wer die Wirtschaftsbetrachtungen unserer Zeitungen in der Gegenwart mit denen der längst und jüngstvergangenen Zeiten vergleicht, wird finden, daß auch bei ihnen der geldliche Seite ein weit größeres Gebiet überwiesen ist. Auch durch sie wird immer wieder der Vermutung Ausdruck gegeben, daß die Hauptursache in einer falsch geleiteten Geldpolitik zu suchen ist. Noch vor wenigen Jahren bestand die Ansicht, gegen die sich auch keine andere äußern durfte, daß die Vorgänge auf dem Gebiet des Geldwesens eine interne Angelegenheit des Kapitalismus seien, die das werktätige Volk nicht zu beschäftigen brauchten. Parteien und Gewerkschaften haben diesen Standpunkt geteilt, und da sie sich erfahrungsgemäß nur langsam in veränderte Verhältnisse umstellen können, besteht für ihre praktische Stellungnahme in Wirtschaftsfragen diese Richtungsgebung noch weiter. Das überhebt sie aber nicht der Verpflichtung, wenigstens in theoretischen Erörterungen der neuen Lage gerecht zu werden, wenn sie sich nicht in schwerere Gefahren geben wollen; denn in das Bewußtsein der Massen ist schon heute dunkel, aber stark gefühlbetont die Überzeugung eingegangen, daß in unserm Geldwesen etwas nicht in Ordnung ist und daß ein Teil der Wirtschaftsnot hier ihre Ursache hat. Allerdings muß zugleich die Frage beantwortet werden, ob hier nicht doch bewußt oder unbewußt eine Irreführung des Volkes zu Experimenten vorliegt, die uns vollends ins Verderben zu stoßen geeignet sind? Dr. Luther und Dr. Solmsen haben sich bekanntlich in diesem Sinne geäußert.

Wenn man die verfahrenen Wirtschaftslage, in der wir uns befinden, von einem einzigen Punkt aus erklären will, dann erscheint die Lösung in der Regel sehr einfach, aber man kann auch sicher sein, zu einem Fehlschluß gekommen zu sein. Man kann die Reparationen oder das Berufsbeamtentum oder die hohen Gehälter der Fabrikdirektoren, der Aufsichtsratsmitglieder usw. nicht als alleinige Ursachen hinstellen. Die Schwierigkeit beginnt erst, wenn der Versuch gelingen soll, alle an dem Fragenkomplex beteiligten Faktoren einzusehen.

Ist die Betrachtung von der geldlichen Seite aus denn nicht einseitig genug? wird man sagen können. Freilich ist sie es, wenn sie die anderen Faktoren unberücksichtigt läßt, aber es darf gesagt werden, daß das Urteil erst nach einer sorgfältigen Ueberprüfung aller Faktoren erfolgt ist.

Auf der Seite der Produktion kann der Fehler nicht liegen. Kein Mensch bezweifelt, daß sie imstande ist, die Bedürfnisse des Menschen zu befriedigen. Der Bedarf der Menschen ist auch riesengroß und so erweiterungs-

fähig, daß er mit der Produktion Gleichschritt zu halten vermag. Was nicht mitzukommen vermag, ist die Nachfrage nach Waren. Wenn wir aber die Frage stellen, was Nachfrage ist, dann mögen wir die Sache drehen und wenden, wie wir wollen, wir werden immer die Antwort erhalten: In der arbeitsteiligen Wirtschaft ist trotz bargeldlosen Verkehrs nur das Geld das Maß und die Grundlage aller Nachfrage. Wer kein Geld hat, hält keine Nachfrage nach Waren; wer es hat, kann Nachfrage halten. Bestraft wird, wer Nachfrage nach Waren hält, ohne im Besitz des Geldes zu sein oder sich bis zum Zahlungstermin nicht in den Besitz desselben setzen zu können. Wer die Unrichtigkeit dieser Behauptung nachzuweisen vermag, der darf vielleicht sagen, daß die neue Wirtschaftsbetrachtung einseitig ist. Wenn ich ein Fahrrad, bei dem das Ruggelager beschädigt ist, so daß beim Fahren die Reibung nur unter großer Kraftaufwendung überwinden werden kann, in die Reparaturwerkstatt bringe, dann würde ich mich wundern, wenn der Schlosser mit der Abstellung einiger Schönheitsfehler seine Arbeit beginnen und mir die Maschine wieder zustellen würde, ohne den eigentlichen Fehler beachtet zu haben. Ich würde mit Recht sagen: „Glender Stümper!“ Genau so verfahren heute aber die Wirtschaftsführer, die an Nebenächlichkeiten herumdoctern, die eigentliche Ursache der Störung aber nicht erkennen. Wilhelm Vershofen sagt in dem Vorwort zu seinem Werk: Wirtschaft als Schicksal und Aufgabe:

„Die Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge unserer Zeit ist bei den meisten Zeitgenossen in so hohem Grade zufällig und lückenhaft, daß man sich nur darüber wundern kann, wie wenig diese Uniformiertheit bis jetzt unserem Lande und der gesamten westlichen Zivilisation zum Verhängnis geworden ist.“

Wir sind der Wirtschaft gegenüber in der Lage eines Halbziivilisierten, dem ein Dynamo zur Bedienung anvertraut wurde, und der die notwendigsten Handgriffe zu dieser Einrichtung gelernt hat, ohne vom Wesen dieses Energieumformers, geschweige denn von der erzeugten Energieform, der Elektrizität, irgend etwas zu verstehen. Solange die Maschine keine Störungen erleidet, mag solches Verfahren gut tun, es muß verhängnisvoll werden, wenn die Bedienung mehr als Handgriffe, nämlich Verständnis verlangt.

An uns aber wird immer häufiger die Zumutung gestellt, uns bei Lohnkämpfen, bei Wahlen, bei Handelsverträgen, bei den kleinsten privatwirtschaftlichen Entscheidungen so zu verhalten, als ob wir den komplizierten Organismus der modernen Wirtschaft verstanden hätten. Da dies nicht der Fall ist, tritt immer häufiger an die Stelle fachverständiger Entscheidung emotionale Willensäußerung, die wünschend und wertend sich äußert, häufig aber nicht mehr Bedeutung hat als etwa das Bestreben, einen defekten Dynamo durch Gebete und Zaubersprüche wieder in Gang zu bringen, ja, vielfach durch Anwendung von Gewaltmaßnahmen noch schlimmere Wirkung erzeugt als derartige primitive Praxis eines Halbziivilisierten.

Wenn wir nicht klar erkennen, woran es liegt, dann werden wir den Widerspruch in unserm Wirtschaftsleben weiterhin als vernunftgemäße Ordnung hinnehmen müssen. Worin liegt der Sinn, daß die Landwirtschaft nicht weiß, wohin sie mit ihren Erzeugnissen soll, während Hunderttausende in unserem Vaterlande bitter Hunger leiden?

Worin liegt der Sinn, daß die Halden in den Kohlengebieten sich mit Kohlen füllen, während Millionen Volksgenossen in ungeheizten Zimmern sitzen?

Welchen Sinn hat unser Wohnungselend, da wir doch Arbeiter und Baumaterialien in Hülle und Fülle haben?

Warum dürfen fünf Millionen Menschen nicht arbeiten, während die Massen des Volkes nach den Erzeugnissen ihrer Arbeit hungern?

Wie kann ein Volk von sechzig Millionen Menschen, die arbeiten können und wollen, verschuldet sein?

Wer darf es wagen, lebenswichtige Betriebe still zu legen, während alles nach Arbeit schreit?

Wer weiß eine Antwort darauf, warum sich die Glieder desselben Volkes die Schädel einschlagen, um ein System zu erhalten, das sie selbst nicht wollen?

Nein, die jetzige Wirtschaftsordnung kann nicht der letzte Sinn der ökonomischen Entwicklung sein, weil die Dinge nicht zusammenkommen können, die ihrer Natur nach zusammengehören, nur, weil sich ein Glied eingeschoben hat, das seinen Dienst nicht tun will.

Es mag genug sein mit der Aufzeichnung all der Regelmäßigkeiten in unserm Wirtschaftsleben; aber der Leser mag einmal darüber nachdenken, woran es liegt und weiter, wo der Hebel anzusetzen ist.

B. R.

Von neuen Wegen auf dem Gebiet der Volkswirtschaft.

Eine Ergänzung zu dem Aufsatz mit gleicher Ueberschrift im „Aufwärts“ Nr. 88 vom 17. April.

Wir sind nicht allzu fern vom wirtschaftlichen Zusammenbruch. Jedes Lebewesen aber, das fühlt oder merkt, daß es in schwerer Gefahr ist, schaut sich nach Rettung um. So macht es der Wurm wie der Mensch; so macht es auch ein Volk, das ja auch ein Lebewesen ist, ja, eins von ganz besonderer Wichtigkeit; denn was wäre der Mensch ohne den Lebenszusammenhang mit Familie und Volk? Es kommt alles darauf an, jetzt unserem Volk klar zu machen, daß es als Gesamtlebewesen in Todesgefahr ist, und daß es daher höchste Zeit ist, sich nach Rettung umzusehen.

Insofern habe ich auch den Aufsatz unter obiger Ueberschrift dankbar begrüßt; denn er macht nicht nur auf die Gefahr aufmerksam, sondern sucht zu zeigen, worin die Gefahr, worin die Krankheit besteht, die uns an den Rand des Abgrundes bringt; und zugleich weist er auf die verschiedenen Aerzte hin, die die Krankheit erkannt haben, und auf ihre Heilmethoden. Denn so wertvoll die Diagnose ist, wenn sie die Erkenntnis bringt: der Fall liegt hoffnungslos! wäre es dann nicht unbarmherzig, den Sterbenden noch aufzurütteln und ihm in die Ohren zu schreien: „Du stirbst!“? Dieses Aufrütteln hat doch nur dann Zweck, wenn man ihn noch retten kann; wenn man noch genug Kraft in ihm sieht, mit deren richtiger Inanspruchnahme die Krankheit zu überwinden ist.

Indem nun aber der Verfasser jenes Aufsatzes die Heilmethode der verschiedenen Aerzte schildert, wird er wohl durch die Kürze des zur Verfügung stehenden Raumes gezwungen, an manchen Stellen allzu summarisch vorzugehen; damit soll die Bedeutung seiner Leistung nicht herabgesetzt werden. Wer je ähnliches versucht hat, weiß, wie schwer das ist. Jedenfalls ist vielen ein Dienst damit erwiesen, wenn sie sich einen Überblick bekommen, aus dem sie erfahren, wie verschiedene Volksheilbestrebungen im Gange sind, so daß sie sich daraus den Kreis aussuchen können, in dem sie ihre eigenen Erkenntnisse und Kräfte im Zusammenhang mit Gleichgesinnten zu gemeinsamer Rettungsarbeit einsetzen können. In dieser Richtung liegt ja auch die große Bedeutung des „Aufwärts“ überhaupt.

Aber gerade deswegen halte ich es für notwendig, auf einem Gebiet den Aufsatz zu ergänzen, auf dem mir der Verfasser nicht ausreichend Bescheid zu wissen scheint. Es handelt sich um den „Bund für inneren Frieden“ und „die vernünftige Volkswirtschaft“, deren Darstellung der Verfasser jenes Aufsatzes selber mit dem Zusatz verleiht: „So weit ich sie verstanden habe.“ Es handelt sich da um die Abschaffung des Geldes, wie der Verfasser ganz richtig sieht. Das Geld ist aus einem Diener immer mehr zu einem Herrn geworden, zum Herrn auch über das Innerste der Seele. Immer stärker hat es verstanden, die Gier des Menschen zu erregen und sie dadurch in den Kampf aller gegen alle zu stürzen. Der innere Frieden und die wahre Volksgesundheit sind niemals zu erreichen, solange die Geldgier die Triebfeder der Volkswirtschaft ist. „Ordnung und Gleichgewicht des Volkslebens kann nur verbürgt werden (so brüdt es Berthold Otto in den Grundsätzen des Bundes für inneren Frieden aus) durch eine Buchführung der Volkswirtschaft, die das Geld überflüssig macht, also die Geldgier mit der Wurzel ausreißt.“ Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon! Wer in einer noch so kurzen Darstellung von Ottos Gedanken die Buchführung der Volkswirtschaft verschweigt, hindert ja gerade den Blick auf die Kräfte, mit deren Hilfe die Heilung erfolgen soll. Es dreht sich da alles um die Frage: worin besteht das wahre Volkswesen, welches ist die wahre Volkskraft? Sieht man den Reichtum eines Volkes im Geld, oder in den Dingen, die im Handel käuflich sind oder zu Handelswerten gemacht werden können, dann bleiben so wesentliche Kräfte wie die Mütter in einem Volk überhaupt unberücksichtigt. Das wertvollste Kapital eines Volkes sind seine Menschen mit ihren leiblichen, geistigen und sittlichen Kräften, mit denen sie aus dem Boden, mit dem sie gewissermaßen verwurzelt sind, die physischen und organischen Schätze herausheben und so verarbeiten können, daß das Volksganze dadurch leben und gedeihen und sich zu immer höherer Kultur entwickeln kann. Mit gewaltiger Anschauungs- und Darstellungskraft hat der Volkswirtschaftler Otto, der zugleich auch Pädagoge ist, dieses so aufgefachte Volksvermögen, diese ungeheure Volkskraft dem deutschen Volke immer wieder zum Bewußtsein zu bringen versucht und dabei gezeigt, wie die plan-

volle Verwertung der vorhandenen Kräfte ausreicht, um unserm Volk das Leben zu retten und es für seine große Aufgabe, die es für die Völkervelt und für die zukünftige Menschheit hat, stark und frei zu machen.

Auf die Einzelheiten der Darstellung können wir hier nicht eingehen. Man muß das in Ottos Werken selber nachlesen, wie er immer wieder bis in alle Einzelheiten hinein die geldlose Wirtschaft mit ihrer Arbeitswährung anschaulich macht und dann doch erklärt, es handle sich nur um Vorschläge von ihm; wenn aber die Praktiker für die technischen Einzelheiten bessere Vorschläge zu machen wüßten, so wäre es um so besser. Es sollen ja alle auf ihre Weise am Zukunftsstaat mitarbeiten. Nur auf einen Punkt müssen wir hier etwas näher eingehen, weil da der Verfasser des erwähnten Aufsatzes Berthold Otto offenbar mißverstanden hat. Der Verfasser schreibt: „Ich glaube, daß die Gegenwartsleute das sichtbare Zeichen für den Arbeitsertrag noch nicht entbehren können.“ Das sollen sie nach Berthold Otto auch gar nicht! Es soll nur ausgeschlossen sein und ist nach Ottos Vorschlägen auch völlig ausgeschlossen, daß mit diesem sichtbaren Zeichen Handel getrieben werden kann; es darf nicht selber zu einer Ware werden; denn dann wäre es wieder Geld im heutigen Sinn und damit Volkskraftzerstörer. Aber für seine Arbeit bekommt natürlich der Arbeiter wie der Landwirt wie der Beamte usw. seinen Anspruch an die Volkswirtschaft, der in der Buchführung der Volkswirtschaft genau gebucht ist, und die darüber natürlich jedem Einzelnen auch den nötigen Ausweis ausstellt. Und er braucht durchaus nicht die Bescheinigung über die Gesamtsumme, die ihm für ein Jahr zur Verfügung steht, immer bei sich zu tragen, um einkaufen zu können, sondern er kann auch kleinere Einheiten ausgestellt bekommen, und damit an den Verkaufsstellen das kaufen, was ihm gefällt, wenn er sich's seinem Einkommen entsprechend leisten kann. Nur daß solche kleine Schecks oder Ausweise so eingerichtet sind, daß man an der Warenausgabe stelle sofort erkennt, wenn er gehört. Er ist ebenso wenig oder noch weniger übertragbar als heute etwa eine Eisenbahnfahrkarte.

Berthold Otto hat in seinen großen und kleinen volkswirtschaftlichen Schriften gerade diese Frage nach dem Kleingeld immer wieder durchdacht und die nötigen Vorschläge gemacht. Auch in der Schrift „Von der Rentenmark zur Arbeitsmark“ ist zwar kurz, aber deutlich davon die Rede. Die ausführlichste Darstellung ist wohl enthalten in dem 1910 bei Puttkamer und Mühlbrecht erschienenen Werk: „Der Zukunftsstaat als sozialistische Monarchie“, von dem jetzt eine Neuauflage in Aussicht steht.

Wer bessere Vorschläge machen kann, soll sie machen; aber anschaulich und durchführbar sind sie auch in der Ottoschen Form.

Kerner-Falkenthal (Mark).

Agrarkonferenz in Belgrad.

Wie der „Bester Lloyd“ meldet, wird am Freitag in Belgrad die Konferenz der an der Warschauer Agrarkonferenz beteiligten gewesenen acht Staaten Mittel- und Ost-Europas eröffnet. Den Gegenstand der Beratungen sollen die gemeinsamen Verwertungsfragen von Getreide im Anschluß an die Burefester und Genfer Besprechungen bilden. Auch Fragen der Viehverwertung sollen erörtert werden.

Zu dem Film „Im Westen nichts Neues“.

Im vergangenen Dezember brachte der Film „Im Westen nichts Neues“ bei der national gefinnten Bevölkerung, wie bekannt, eine starke Erregung hervor, die schließlich zum Verbot desselben führte. Leider war diese Erregung nicht allgemein, und von linksgerichteter Seite wurde das Verbot stark bekämpft. Es wurde sogar gesagt, es wäre gut, wenn dieses Machwerk, das den Krieg in so „naturwahrer“ Schilderung zeige, allgemein bekannt würde. Als alter Frontsoldat möchte ich einmal prüfen, wie es mit dieser Wahrheit in Wirklichkeit aussieht. Ich bin schon mitmarschiert in jener Regen- und Sturmnacht im September 1914, als wir auf Befehl zurückzogen, nicht geworfen, nicht einmal angegriffen vom Feind, dessen Elitetruppen — Alpenjäger — noch am Tage vorher vor uns gewichen waren. Ich mußte dort an der Westfront ununterbrochen 50 Monate aushalten, und da glaube ich wohl, daß ich bei einem solchen Buch zwischen Wahrheit und dem Gegenteil unterscheiden kann.

Zuerst die Schilderung von dem nächtlichen Feuerüberfall auf dem Friedhof. Da faßt einmal ein Soldat durch die Luft. Er fällt auf einen Soldaten nieder, dessen Kameraden alsbald den Toten herauswerfen und den Sarg als Deckung benutzen. Und die Wirklichkeit? Die leichten und mittleren Kaliber, mit denen diese Feuerüberfälle gemacht wurden, schlugen so tief überhaupt nicht ein, wie ein Sarg liegt, viel weniger hätten sie einen solchen Sarg herauswerfen können. Und die ganz schweren Kaliber! Wenn solch ein Bist dort krepiert wäre, dann wären von einem Sarg wohl höchstens noch ein paar Splitter übrig geblieben. In einem Krieg passiert ja alles mögliche, und in einem früheren Kriege will einmal jemand auf einer Kanonenkugel durch die Luft geritten sein, was ebenso möglich der Fall gewesen zu sein scheint wie der durch die Luft gefallene Sarg.

Bei einer späteren Schilderung übertrifft Remarque sogar den seltsamen Münchhausen. Bei der Wegnahme eines französischen Maschinengewehres schreibt Remarque: Wir fassen das Kühnwasser aus! Dabei hatten die französischen Maschinengewehre überhaupt keine Wasserkühlung. Ich möchte anschließend die Beschreibung eines solchen geben. Die französischen Maschinen-

*) Der Verfasser ist ein schlichter Mann aus dem Volke, der das Bedürfnis hat, von seinem Standpunkte aus den Ueberreibungen und phantastischen Darstellungen Remarques entgegenzutreten.

Braun und die Freidenker.

In seiner Berliner Rede im Sportpalast zum Volksbegehren hat der preussische Ministerpräsident sich in folgender, sehr milder Form an die Freidenker gewandt, die bekanntlich vor kurzem in einer Versammlung der sozialdemokratischen Funktionäre den christlichen Kirchen den schärfsten Kampf angesagt haben: „Die Freidenker befürchten, daß auch ihr Kampf durch die Notverordnung unterdrückt werden könnte. Führen sie ihren Kampf in geistigen Formen um weltanschauliche Fragen, dann brauchen sie keine Sorgen zu haben. Darum bitte ich die Freidenker.“

Der „Vorwärts“-Bericht verzeichnet hier „Lebhafter Beifall“. Es ist ganz selbstverständlich, im besonderen vom liberalen Standpunkt aus, daß ein geistiger Kampf um weltanschauliche Fragen auch den Freidenkern nicht verwehrt werden kann, wenn es sich wirklich als geistiges Ringen darstellt. Dies galt schon im alten Staat. Aber Herr Braun muß wissen, daß die Freidenker den Rahmen ihres weltanschaulichen Kampfes so weit ziehen, daß sie dazu auch öffentliche Propaganda in den Straßen und Höfen mit Bildern und Sprechhören rechnen, die den Gottesglauben und die Achtung vor den Kirchen und ihren Vertretern in offensichtlich herabwürdigender Form als Privileg der Dummheit und geistigen Zurückgebliebenheit anprangern. Diese provozierende Art, die ohne sachliche Gründe den religiösen Glauben als mit der Wissenschaft unvereinbar und als Zeugnis sozialer Minderwertigkeit verkehrt, ist nicht mehr geistig, sondern radikal-politisch. Sie läuft auf einen Kulturkampf hinaus, der um so schlimmer wirken muß, als er zugleich als Klassenkampf aufgefaßt wird.

Nun mag Herr Braun als Freidenker zu diesen Dingen stehen, wie er will. Er mag auch wünschen, daß jene freidenkerische Propaganda, die in den letzten Jahren sogar unter dem Schutz der Polizei auf das wehrlose Publikum, auf Eltern und Kinder losgelassen wurde, sich mäßige. Es ist aber etwas anders, wenn ein Mann, der als erster Minister an der Spitze eines Staates steht, in öffentlicher Rede beruhigend den „Befürchtungen“ eines Verbandes entgegentritt, der ganz zweifellos mit zu den Kulturbestrebungen in den Reichs-Notverordnungen beigetragen hat. Er hätte die Gelegenheit mindestens benützen müssen, um von den Freidenkern, die ja nach den Notverordnungen sogar den verschärften Kampf gegen die christlichen Kirchen predigen, endlich Toleranz und Verständnis für die Gefühle der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung zu verlangen. Das aber hat er unterlassen. Und doch handelt es sich in diesen ganzen Fragen nicht bloß um eine politische Angelegenheit und darum, daß Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten ist, sondern in erster Linie um ein Kulturproblem ersten Ranges, das von der Sorge um unser Volk und die Grundlagen der Gesellschaft begriffen sein will.

Nach der „Pravda“, dem Hauptorgan der Sowjetregierung, ist die Mitgliederzahl der sogenannten proletarischen Freidenkerverbände, d. h. der kommunistischen Freidenkerverbände im Jahre 1930 folgendermaßen gestiegen: Juli 8 474, August 86 377, September 88 246, Oktober 91 034, November 93 215, Dezember 105 000. Dazu kommen an Mitgliedern in den revolutionären, kommunistischen Jugendverbänden für 1931 rund 40 000 Mit-

gewehre waren auf einen Dreifuß aufmontiert, besaßen einen sehr starken Lauf aus gelbem Metall. Auch die Patronenzuführung war eine andere als bei dem deutschen Maschinengewehr. Sie geschah nicht durch Gurte, sondern durch Blechstreifen, die fortwährend angehängt wurden. Was mögen wohl die französischen Offiziere beim Lesen einer solchen Stelle gedacht haben! Was da den Deutschen alles als unverfälschte Kriegskost vorgesetzt werden konnte! Ich möchte allerdings die Ansicht äußern, daß Herr Remarque in seinem Leben kein französisches Maschinengewehr gesehen hat. Die Szene möchte ich auch einmal im Film sehen, wenn da ein paar Leute in deutscher Uniform an einem französischen Maschinengewehr herumlecken und sich den Mund verbrennen, da das Gewehr ja vorher schon gefeuert hatte.

Auf einem Marsch nach der Stellung, schreibt der Verfasser, seien sie an Haufen aufgestapelter Särgen vorbeimarschiert, wobei ein Soldat die Bemerkung gemacht habe: „Die sind für uns!“ „Da hat die Organisation einmal geklappt“, schreibt Herr Remarque höhnisch. Die Organisation, verehrter Herr Remarque, hat auch sonst noch geklappt, sonst wäre es uns nicht möglich gewesen, mit diesen an Zahl weit unterlegenen Kräften vier Jahre die Westfront zu halten. Wie schwach wir manchmal auch an gefährdeten Stellen waren, davon nur ein Beispiel! Als wir am 18. April 1917 an dem Chemin des Dames eingesetzt wurden, brachte ich zwischen zwei Schützengraben genau zwei Gewehre in der Mitte, dann noch das meiste als drittes an. Wenn auch für den Fall eines Angriffs die beiden Reservezüge bereit standen, war das immer noch wenig, zumal wenn man bedenkt, was vorher schon den Einwirkungen des feindlichen Artilleriefeuers erliegen mußte. Aber schon am folgenden Tage wurde das Kräfteverhältnis besser, da mehr Reserven herangezogen wurden. Eine Episode aus jenen Tagen möchte ich noch schildern. Als wir am 17. April 1917 nach der Stellung marschierten, begegneten uns verschiedenen Haufen von Flüchtlingen in Zivil und in Uniform. Greise und alte Mütterchen, Frauen, die ein Kind auf dem Arm trugen und eins an der Hand führten. Alle flüchteten auf Laou zu. Dort war die Stadt, dort erwarteten sie Rettung, Unterkunft, Brot. Und in Laou war alles überfüllt von Truppen, Verwundeten, Kolonnen. Wir haben uns, als wir später abgelöst wurden, nach dem Schicksal dieser Leute erkundigt. Da haben wir erfahren, daß die Soldaten unserer Kolonnen doch das Menschenmögliche für die Flüchtlinge getan hatten. Sie hatten ihnen zu essen gegeben, sie mit warmen

glieder, in der eigentlichen Jugendorganisation und 27 900 Mitglieder in der kommunistischen Kinderfreundebewegung (eine Zahl, die in Kürze auf 100 000 gesteigert werden soll). Im ganzen werden schon jetzt 118 000 Jugendliche in den revolutionären Massenorganisationen (roter Sport, internationale Arbeiterhilfe, Gewerkschaften usw.) „erfaßt“. Das sind alles aktivistische Kräfte, die die Zahl der zahlenden Mitglieder der kommunistischen Partei selbst (nach der „Pravda“ 206 000) weit übersteigen. Sie konkurrieren mit den sozialistischen Verbänden auf allen Gebieten, insonderheit mit den sozialistischen Kinderfreunden und den sozialistischen Freidenkern. Nur in Berlin, am Rhein, an der Ruhr, in Thüringen sind nach der „Pravda“ kommunistische und sozialistische Freidenkerverbände getrennt. Im übrigen Deutschland gehen sie zusammen, wie ja auch Herr Braun nur von den Freidenkerverbänden insgesamt gesprochen hat, ohne zwischen den sozialistischen und kommunistischen zu unterscheiden. Wer aber einmal gehört hat, wie derartige „freidenkerische“ Gottlosen-Sprechhöre auf den Höfen in Berlin sich aufspielen und wie ansehnlich das Geschäft mit den Kirchengeldern im Anschluß daran betrieben wird, der hat ein Bild von dem „geistigen Kampf um weltanschauliche Fragen“, der hier geboten wird. Die berüchtigten Gottlosenabende sind die Bildungsstätten für diese Aktion. Wie soll man aber in den Schulen noch Ehrfurcht vor den höchsten Werten wecken, wenn eine solche Propaganda geduldet wird, die an die Klassensinnlichkeit appelliert, ohne daß ihr entgegengetreten werden kann.

Auch der Rundfunk ist in diesen Dienst des Ueberfalls und des Mißbrauchs der Toleranz gestellt. An demselben Sonntag, an dem in den evangelischen Gemeinden des Westens überall Konfirmationen stattfanden, übertrug der Westdeutsche Rundfunk die Jugendweihe im Kölner Gürzenichsaal mit dem atheistischen Dogma: „Es gibt keinen Gott.“ (Rf. Anfrage der Deutschen Volkspartei vom 7. April 1931.) Es ist ein gewaltiges, kulturpolitisches Problem, das mit dem eindringenden und ansehnlichen auch mit großen Geldmitteln arbeitenden Kulturschwermismus aufgestellt ist. Dagegen wehren wir uns gerade als Liberale, die Kulturgüter zu verteidigen haben, an denen unsere Väter in Jahrhunderten und Jahrtausenden gearbeitet haben.

(„Nationalliberale Korrespondenz“.)

Eine schlimme Wendung in der Domkirchenfrage.

Der neue Vorstoß des lettischen Chauvinismus.

Der Kampf um die deutsche Domkirche in Riga hat unerwartet eine Wendung zum Schlimmen genommen. Nach Ablehnung des Enteignungsgesetzes im Landtag hat die Deutsche Domgemeinde mit der lettischen Friedensgemeinde einen Vertrag abgeschlossen, wonach diese letztere eine lettische Domgemeinde werden und völlig paritätisch an der Nutzung und Verwaltung des Domes teilnehmen sollte; die Friedensgemeinde sollte außerdem noch das Recht haben, die (lettische) Gamsongemeinde als Beichtkreis in sich aufzunehmen. Die Deutsche Domgemeinde wollte, indem sie 50 Prozent ih-

Decken versorgt und weiter transportiert fort von dieser Stelle des Schreckens. Das haben die Soldaten der Boches, der Barbaren getan. Derartiges wird jedoch in Amerika kaum geschildert werden.

An einer anderen Stelle seines Buches schreibt Remarque, daß an einer Stelle des Grabens ein in Stücke gerissener Soldat gelegen habe, dem die Zigarette in seinem von einem Vollbart umrahmten Gesicht gerigelt sei. Auch später schreibt er von einem Kameraden, der sich einen Vollbart stehen läßt, um männlicher auszusehen. Nun die Wahrheit! Als der Giftgaskrieg in der Gasse kam, wurde das Tragen von Vollbärten an der Front überhaupt verboten, weil sonst die Gasmaske nicht mehr ansetzte.

Dann die Geschichte von den verstümmelten Soldaten, die im Besitze eines Seitengewehres mit Säge waren. Da hat der Verfasser eine alte Frontzerählung etwas verändert. Schon in dem Bewegungskrieg 1914 kam das Gerücht auf, die Franzosen würden jeden, der im Besitze einer solchen Waffe sei und ihnen in die Hände fiel, sofort erschießen. Da hat schon jeder, der ein Seitengewehr mit Säge hatte, dafür gesorgt, daß er ein anderes bekam. Später habe ich kein derartiges Seitengewehr mehr an der Front gesehen.

Ferner beklagt sich der Verfasser über die schlechte Verpflegung auch unmittelbar an der Front. Er behauptet, daß verschiedene Einbrüche in die feindliche Stellung überhaupt nur gemacht wurden, um dort Lebensmittel herauszuholen. Waren solche Einbrüche etwa Späziergänge? Wer bei solchen Unternehmungen je beteiligt gewesen ist, weiß, wieviel Artillerie und Minenfeuer nötig war, um einen Einbruch in die feindliche Stellung ohne große Verluste zu gestatten. Wenn solche Unternehmungen gemacht wurden, dann geschah es, um Gefangene zu machen, von denen man etwas über die feindliche Stellung in Erfahrung zu bringen bemüht war, aber nicht um ein paar Büchsen Corned-Beef, die auch bei unseren Gegnern nicht haufenweise in den Stellungen lagen.

Nun die Geschichte von den durch Minenfeuer so schwer verstümmelten Leuten. Da will der Verfasser mit anderen zufällig vorbeigekommen sein und schreibt dann: Wir melden dies, denn es ist nicht unsere Sache, den „Tragbahnenhängsten“ ihre Arbeit abzunehmen. Herr Remarque scheint nicht zu wissen, daß die Minen infolge ihrer beschränkten Tragweite nur gegen die vordefinierte Stellung verwandt wurden. Außerdem waren bekanntlich zu solchen Meldungen auch Leute da, die verantwortlich waren. Schreiber dieses Artikels war über

res Bestes op
in ihrem na
Grenze entge
lichen Frieden
schlossen, vom
tischen Synod
Da auf e
gemeinde —
vinisten —
lung mit den
hob in der S
darauf hinaus
tungsrat der
4 Zwölftel d
Zwölftel der
schen Gemein

Di

Die wichtigste
Vorbereitung

Das S
die vorläufig
ginnende Za
wird Reichs
englische An
für die Erri
31 auf die
frage, die i
frage der i
Scheitern der
gewissen Bol
Zollstrahlen
Natsmitglied

Ferner
bereitung der
u. a. mit d
dem Antrag
einer Sonder
britischen un
Nähtungsstar

Unverleib

Weiter
terror in E
Ratsstägung
und den B
Grund eines
die von ihr
Maitagung
ist dieser B
bundssekreta
steht wieder
heitenfragen
frage der
Nichtzulassu

eine Angele
richtshof bes
Bewaltung

ein Jahr lan
einzelnen G
pagnieabschn
sondere Mel
werden, und
Zeit, ungesch
über oder M
Verluste an

Es folgt
Sergeant De
an der West
nicht gesehe
wegnehmen
und derselbe

Daß Ren
das schöne B
nach all dem
diesen Ausdr
daß ein Fro
chons du tro

Es gibt i
viele andere
gleich drei F
licht ist das
Erzählung i
wie bekannt
schrieben ha
auch von Z
papiere des
Frontsoldat
nicht gesehe
jinn nicht ge
gar nicht da
ist, daß eine
der Filmstre
film. Für d
geschaffen u
Deutschland
amerikanisch
muß man si
sein in der
wie wir 19
der Front
Freunde, de
Freiinnige
doch meines
die in dieser
und die der
Rud

rganisation und
istliche Kinder-
ürze auf 100 000
erden schon jetzt
ren Massenorga-
le Arbeiterhilfe,
alles aktivistische
glieder der kom-
ramda" 206 000)
in der sozialisti-
in der sozialisti-
an der Ruhr, in
munistische und
t. Im übrigen
auch Herr Braun
gesamt gespro-
en und kommu-
mal gehört hat,
ofen-Sprechstör-
en wie anreize-
ten im Anschluß
von dem „geisti-
der hier gebo-
de sind die Bil-
man aber in den
Werten weichen,
wird, die an die
r entgegengete-

enst des Ueber-
gestellt. An dem-
schen Gemeinden
attfanden, über-
jugendweiche im
en Dogma: „Es
tschen Volkspar-
iges, kulturpoli-
den und anschei-
eitenden Kultur-
wehren wir uns
verteidigen ha-
werten und Jahr-

reepdengz.)
henfrage.
auvinismus.

che in Riga hat
en genommen.
es im Landtag
lettischen Frei-
n, wonach diese
en und völlig
waltung des Do-
gemeinde sollte
lettische) Gar-
zunehmen. Die
50 Prozent ih-

fort von dieser
oldaten der Vo-
wird jedoch in

es schreibt Ne-
ein in Stücke
die Zigarette in
Gefäß zerlegt
Kameraden, der
nlicher auszu-
askrieg in der
lbärten an der
Gasmaske nicht

mmelten Solda-
mit Säge wa-
unterzählung et-
ungskrieg 1914
rden jeden, der
in die Hände
er, der ein Sei-
daß er ein an-
artiges Seiten-

er die schlechte
nt. Er behaup-
tliche Stellung
rt Lebensmittel
etwa Spazier-
je beteiligt ge-
nenfeuer nötig
Stellung ohne
Unternehmen-
Gefangene zu
feindliche Stel-
var, aber nicht
uch bei unferen
agen lagen.

Minenfeuer so
r Verfasser mit
und schreibt
t unsere Sache,
t abzunehmen.
daß die Minen
gegen die vor-
de waren be-
te da, die ver-
hels war über

res Besitzes opferte, den lettischen Glaubensgenossen auch
in ihrem nationalen Empfinden bis an die äußerste
Grenze entgegenkommen und hoffte, dadurch den kirch-
lichen Frieden zu wahren. Der Kontrakt war abge-
schlossen, vom Oberkirchenrat bestätigt und von der let-
tischen Synode gutgeheißen worden.

Da auf einmal fiel der Vertreter der Friedens-
gemeinde — offenbar unter dem Druck lettischer Chau-
vinisten — um, machte der Garnisonsgemeinde, ohne Füh-
lung mit den Deutschen, neue bindende Zusagen und er-
hob in der Schlussitzung der Synode Forderungen, die
darauf hinausliefen, den Letten im zukünftigen Verwal-
tungsrat der Domkirche eine Mehrheit zu verschaffen:
4 Zwölftel der Sitze sollten der Garnisonsgemeinde, 3
Zwölftel der Friedensgemeinde, d. h. den beiden lettis-
chen Gemeinden zusammen 7 Zwölftel der Sitze zuka-

len, 5 Zwölftel der an Seelenzahl weit überlegenen
deutschen Domgemeinde. Damit würde die deutsche Ge-
meinde von vornherein überstimmt sein, die Preisgabe
weiterer Rechte an die Letten würde sich fast zwangs-
läufig daraus ergeben. Diese grobe Illogikalität hat die
Lage außerordentlich zugespitzt. Die ganze lettische
Presse fordert das Nachgeben der Deutschen. Auf der
Synode machte sich in den Reden der lettischen Abgeord-
neten krasseste Deutschfeindlichkeit geltend; die wenigen
lettischen Redner, die für die Gerechtigkeit eintraten,
wurden niedergeschrien. Der weitere Verlauf der Dinge
bleibt abzuwarten. Man muß sich nur wundern, daß die
Letten, wie es scheint, noch immer nicht gemerkt haben,
welchen nicht wieder gutzumachenden Schaden sie dem
Ansehen ihres jungen Staates in der Kulturwelt zuge-
fügen im Begriffe sind.

Die Tagesordnung des Rates.

Die wichtigsten Punkte: Prüfung der Zollunion. —
Vorbereitung der Abrüstungskonferenz. — Nechen-
schaftsbericht Polens.

— Genf, 23. April.

Das Sekretariat des Völkerverbundes veröffentlicht
die vorläufige Tagesordnung für die am 18. Mai be-
ginnende Tagung des Völkerverbundes. Den Vorsitz
wird Reichsaussenminister Dr. Curtius führen. Der
englische Antrag: „Das deutsch-österreichische Protokoll
für die Errichtung einer Zollunion“ wurde als Punkt
31 auf die Tagesordnung gesetzt. Ueber eine andere
Frage, die in einem gewissen Zusammenhang mit der
Frage der Zollunion steht, nämlich das endgültige
Scheitern der Bemühungen des Völkerverbundes um einen
gewissen Zollwaffenstillstand und um einen Abbau der
Zollschranken in Europa zu kommen, wird das deutsche
Ratsmitglied berichten.

Ferner wird sich der Rat mit der weiteren Vor-
bereitung der Abrüstungskonferenz beschäftigen,
u. a. mit dem Ort und dem Vorsitz der Konferenz,
dem Antrag der deutschen Regierung auf Abschluß
einer Sonderkonvention für die Zivilluftfahrt und dem
britischen und deutschen Antrag über Offenlegung des
Rüstungsstandes.

Anerkennung der Minderheitenbeschwerden.

Weiter wird der Rat auch erneut zu dem Wahl-
terror in Ost-Oberschlesien, der Hauptgegenstand der
Mittagsung im Januar gewesen ist, Stellung nehmen
und den Bericht, den die polnische Regierung auf
Grund eines Beschlusses der letzten Mittagsung über
die von ihr getroffenen Maßnahmen vor Beginn der
Mittagsung zu erstatten hat, entgegennehmen. Bis jetzt
ist dieser Bericht der polnischen Regierung im Völk-
verbundsekretariat noch nicht eingegangen. Außerdem
steht wieder eine Reihe von ober-schlesischen Minder-
heitenfragen auf der Tagesordnung, so z. B. die
Frage der

Nichtzulassung von 60 Kindern in den Minderheiten-
schulen.

eine Angelegenheit, die gegenwärtig den Haager Ge-
richtshof beschäftigt. Die Klage des Fürsten Pleh über
Verwaltungsmaßnahmen der polnischen Behörden steht

gleichfalls wieder zur Erörterung, nachdem die direk-
ten Verhandlungen zwischen Pleh und der polnischen
Regierung, die der Rat im Januar angeregt hatte, zu
keinem Ergebnis geführt haben. Der Rat wird sich
auch diesmal wieder mit dem noch unerledigten Teil
der großen deutschen Memelbeschwerte vom Sep-
tember vorigen Jahres beschäftigen. Die direkten Ver-
handlungen zwischen der Regierung des Memelgebiets
und der litauischen Regierung über die noch unregel-
ten Finanz- und Rechtsfragen sind abermals gescheitert.

Auffallend ist, daß die Tagesordnung nichts über
die zahlreichen Beschwerden der ukrainischen Min-
derheiten in Polen enthält. Es scheint, daß diese
Frage diesmal noch nicht zur Behandlung kommt!
Ueber die Forderung der polnischen Regierung auf
Gleichstellung der polnischen Staatsangehörigen in
Danzig mit den Danziger Bürgern wird der Rat gemäß
einem Antrag des Völkerverbundskommissars in Danzig
die Einholung eines Gutachtens beim Haager Gerichts-
hof beschließen.

Ferner wird sich der Rat mit der Tatsache zu be-
schäftigen haben, daß die Amtsdauer des Völkerverbunds-
kommissars Graf Gravena abgelaufen und ferner ein
neuer Präsident des Danziger Hafenausschusses zu er-
nennen ist. Unter den wirtschaftlichen Fragen verdient
die Frage der Agrarreditbank Beachtung. Insgesamt
umfaßt die vorläufige Tagesordnung 32 Punkte.

Anerkennung der spanischen Regierung.

— Berlin, 23. April.

Die spanische Botschaft in Berlin hat dem Aus-
wärtigen Amt offiziell von den Vorgängen in Spanien
und der Bildung einer neuen provisorischen Regierung
Mitteilung gemacht. Die Reichsregierung hat darauf
ihren Botschafter in Madrid angewiesen, unter Aus-
scheidung der neuen Regierung die amtlichen Beziehun-
gen zu ihr aufzunehmen.

Auch Amerika erkennt an.

— New York, 22. April. Wie aus Washington gemel-
det wird, hat das Staatsdepartement die Republik Spa-
nien anerkannt.

Der Sieg des Volkes.

6 Mill. Eintragungen?

Die Ermittlung des Eintragungsergebnisses. — Zahlen
aus dem Lande.

— Berlin, 23. April.

Der preussische Innenminister hat die Vorsteher
der Landgemeinden und die Bürgermeister der kreis-
angehörigen Städte angewiesen, die Eintragungsergeb-
nisse zum Volksbegehren auf Auflösung des Preussis-
chen Landtags bis zum heutigen Donnerstag den Land-
räten zu melden. Die Landräte haben dann bis zum
Sonntag die Ergebnisse ihres Kreises an den Re-
gierungspräsidenten weiterzugeben.

Die Regierungspräsidenten stellen die Gesamt-
zahlen der in ihren Bezirken geführten Eintragungen
aus den bei ihnen eingegangenen Meldungen der Land-
räte und Bürgermeister fest und melden sie unmittel-
bar dem preussischen Minister des Innern bis zum
29. April. Zu dem gleichen Tage erstattet auch der
Oberpräsident in Charlottenburg dem Innenminister
für Berlin die Meldung.

Während somit die Feststellung des endgültigen
amtlichen Ergebnisses noch einige Zeit auf sich warten
lassen wird, gibt das Bundesamt des Stahlhelms eine
Schätzung bekannt, nach der die Zahl der Eintraga-
gen die sechste Million überschreitet.

Im einzelnen wurden

in Ostpreußen

in 33 von 42 Wahlkreisen 411 800 Stimmen abge-
geben, was einer Beteiligung von etwa 40 v. H. ent-
spräche. Im Landkreis Königsberg wurden 12 000
Stimmen (46 v. H.) abgegeben, im Kreise Mohrungen
15 000 (50 v. H.), in Preußisch-Holland 11 000 (50
v. H.), im Kreise Rastenburg 14 055 (48 v. H.), in
Preußisch-Eylau 13 000 (47 v. H.), in Kreuzburg-
Oleko 12 000 (50 v. H.), in Syd 17 000 (53 v. H.),
in Stallupönen 11 500 (45 v. H.) und in Rügen 11 500
(43 v. H.).

In Hannover: Stadt beträgt die Zahl der Ein-
tragungen 46 499, in Göttingen 11 039, in Lüneburg
4925, in Celle Stadt und Land 5438, in Hildesheim
9842, in Verden 2466 und in Goslar 5259. In
Magdeburg stellt sich die Endziffer auf 50 467 Ein-
tragungen (rund 22,5 v. H.). Der Gau Schleswig-
Holstein des Stahlhelms meldet für Schleswig-Hol-

Die Unvernunft der Westmächte.

Eine Rede des neuen deutschen Generalkonsuls in
Neuhort.

Die deutsch-amerikanische Handelskammer gab zu
Ehren des neuen deutschen Generalkonsuls in Neuhort,
Dr. Kiep, im Bankiersklub ein Essen, an dem zahl-
reiche führende Persönlichkeiten des politischen und
wirtschaftlichen Lebens Neuhorts teilnahmen. Dr. Kiep
hielt einen Vortrag über das Thema „Politik und
Wirtschaft“ und kennzeichnete im Verlauf seiner Aus-
führungen die erfolglosen Versuche einer politischen
und wirtschaftlichen Verständigung zwischen den Na-
tionen als die Hauptursache der heutigen Wirtschaft-
depression und ihrer Fortdauer.

Während man von der russischen Gefahr rede und
von der neubelebten russischen Produktion einen Un-
sinn der Wirtschaftsordnung befürchte, zwingt man
gleichzeitig Deutschland durch die ihm auferlegten Zah-
lungen politischer Natur zu einer erheblichen Steige-
rung seiner Produktion und seiner Ausfuhr, die zudem
unter Verzicht auf ausreichende Gegenwerte erfolgen
müsse. Auch der von dritter Seite unternommene Ver-
such einer Behinderung der deutsch-österreichischen Zoll-
verhandlung sowie die fortlaufenden Zollerhöhungen
in zahlreichen Ländern bilden den Ausdruck der
gleichen politischen und wirtschaftlichen Unvernunft.

Der Präsident der deutsch-amerikanischen Handels-
kammer, Hermann Mey, der österreichische General-
konsul Dr. Fischerbauer sowie der in Deutschland ge-
borene Neuhorter Bundes Senator Robert Wagner rich-
teten an Generalkonsul Dr. Kiep herzliche Begrüßungs-
worte.

Landbundschriften an Brüning.

Der Bundesvorstand des Reichs-Landbundes hielt
in Berlin eine Sitzung ab und stimmte einstimmig
einer Entschließung zu, deren wesentlichster Teil lautet:

„Nachdem die Reichsregierung vom Reichstage das
Ermächtigungsgesetz erhalten und ihrerseits angenommen
und nachdem die Reichsregierung wiederholt zum Aus-
druck gebracht hat, daß nach Annahme dieses Ermäch-
tigungsgesetzes erfolgsversprechende Maßnahmen für die Land-
wirtschaft durchgeführt werden sollen, erwartet der Bundes-
vorstand des Reichs-Landbundes, daß diese Aufgaben der
Reichsregierung umgehend und in ausreichendem Maße ver-
wirklicht werden.“

Der Reichs-Landbund begrüßt eine Zollunion zwi-
schen Deutschland und Österreich, hält es aber für seine
Pflicht, auf die großen Gefahren hinzuweisen, die für die
deutsche Landwirtschaft in regionalen Handelsverträgen
liegen können. Der Reichs-Landbund wird derartigen Ab-
machungen schärfsten Widerstand entgegenstellen, wenn nicht
zuvor Sicherheit geschaffen ist, daß eine Gefährdung der
deutschen Land- und Forstwirtschaft nicht eintritt.“

In Ausführung dieser Entschließung richtete der
Bundesvorstand ein Schreiben an den Reichsfinanzler,
in dem u. a. folgende Forderungen erhoben werden:
beträchtliche Erhöhung des Butterzolls und der Zölle
für alle übrigen Molkereiprodukte im Zusammenhang
mit der Erhöhung der Zölle für Vieh und Fleisch,
Speck und Schmalz, Geflügel, Hafer und Hülsenfrüchte;
Beseitigung der Zollfreiheit für Industriezucker; Verei-
nigung des Vieh- und Fleischmarktes; Einführung von
Einfuhrscheinen für Erzeugnisse aus Hafer und Gerste
sowie für Hülsenfrüchte; Beseitigung der Zollbindun-
gen und Erhöhung der Zölle für Eier, Obst, Wein, Ge-
müse und Holz; Aufhebung des Nachtbadverbotes.

steins insgesamt 285 799 Eintragungen, Pommern
und die Grenzmark Posen-Westpreußen 540 000. In
26 Kreisen Schlesiens sind 326 699 Stimmen ab-
gegeben worden (23,4 v. H.). Aus dem Wahlkreis 11
Halle-Merseburg liegen Eintragungsergebnisse aus etwa
44 Prozent aller Eintragungsorte vor. Für diese
ergibt sich eine Eintragung von 156 566 Personen.

In Rheinland und Westfalen

haben sich nach einer Mitteilung des Stahlhelm-Landes-
verbandes Westfalen etwa 750 000 Personen einge-
tragen. Die Stahlhelmführung rechnet hier mit einer
Erhöhung der Eintragungszahl auf eine Million.

37 Prozent in Halle.

Das Abstimmungsergebnis
im Wahlkreis Halle-Merseburg.

— Halle, 23. April. Das Gesamtergebnis des Volks-
begehrens stellt sich im Wahlkreis 11 Halle-Merseburg
auf 37,23 v. H. Von 953 490 Wahlberechtigten zeichneten
sich 354 983 ein (Youngplan-Volksbegehren 175 039,
Stimmen der hinter dem Stahlhelm-Volksbegehren ste-
henden Parteien bei den Reichstagswahlen 1930 431 072).

— Die Staatsanwaltschaft I in Berlin erhob gegen
die Stahlhelmführer Selbst und Disterberg Anklage wegen
Bergehens gegen das Republikanische Volk.

— Ergänzung der Thüringischen Regierung. In
Weimar wurde im Landtag mit 19 gegen 13 Stimmen
die Ergänzungswahl für das Kabinett vorgenommen.
Die Sozialdemokraten enthielten sich der Abstimmung.
Mit Ja stimmten Landvolk, Wirtschaftspartei, Deutsche
Volkspartei und Staatspartei, mit Nein Nationalsozia-
listen, Kommunisten und Deutschnationale. Die Thü-
ringer Regierung besteht jetzt aus zwei Ministern:
Baum (Landvolk) und Kästner (Wirtschaftspartei). Als
Staatsräte wurden gewählt Madelbey (Landvolk),
Doeblich (Landvolk) und Generaldirektor Baumgärtel
(Deutsche Volkspartei). Die Ergänzungswahl, die durch
das Ausscheiden der nationalsozialistischen und deut-
snationalen Regierungsmitglieder notwendig geworden
war, erfolgte unter stürmischen Auseinandersetzungen.

— Reichspräsident von Hindenburg wird am heutigen
Donnerstag den neuen Oberbürgermeister der Reichshaupt-
stadt, Dr. Sahm, empfangen.

Kirchenvertrag angenommen.

Trotz der politischen Klausel.

Von der Generalsynode. — Mit 166 gegen 47 Stimmen.

— Berlin, 23. April.

Nach Abschluß der Ausschußberatung des preussischen Staatsvertrags mit den evangelischen Landeskirchen stimmte die seit Montag in Berlin versammelte Generalsynode dem Vertrag nach mehrstündiger Aussprache mit 166 gegen 47 Stimmen zu.

Den Ausschußbericht erstattete Professor D. Stuy. Redner erklärte, der Ausschuß sei zu dem Ergebnis gekommen, daß der Vertrag in der nunmehr vorliegenden Form zwar noch in wichtigen Punkten hinter dem Erstbesten zurückbleibe, daß er aber nach Lage der Dinge im großen ganzen für annehmbar erachtet werden müsse. In weitaus den meisten Punkten sei im Ausschuß Einigkeit erzielt worden. Meinungsverschiedenheiten beständen im wesentlichen nur hinsichtlich der politischen Klausel und der entsprechenden Bestimmungen des Schlussprotokolls. Manche erblickten schon in dem Vorhandensein der politischen Klausel eine Gefahr für die Freiheit der Kirche und fühlten sich deshalb gewissenhaft verpflichtet, den ganzen Vertrag abzulehnen, andere glaubten, dieser Klausel zustimmen zu können, da die Bedenken, die der Staat geltend machen könne, auf staatspolitische beschränkt seien, und da außerdem zur Feststellung dieser Bedenken auf Antrag eine besondere Kommission berufen werden könne. Deshalb glaubte diese Majorität des Verfassungsausschusses, das Zustandekommen des seit Jahren erstrebten Vertrages nicht vereiteln zu dürfen, zumal die Errungenschaften und die durch den Vertrag erreichte Sicherung der äußeren Stellung der Kirche höher zu bewerten sei, als die mit dem Ziele des Rechtsschutzes verbundenen Nachteile.

Als Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates nahm dann

D. Kapler

das Wort. Er gab zu, daß der evangelischen Kirche aus der politischen Klausel gewisse Gefahren erwachsen könnten, aber die rechtlichen Sicherungen des Vertrages rechtfertigten es trotzdem, wenn die Kirche diese Gefahren im Bewußtsein ihrer Kraft auf sich nehme. Von diesem unerschütterlichen Willen zur Selbstbehauptung

werde die Wirkung des Vertrages und die Stellung der Kirche im öffentlichen Leben entscheidend abhängen. Jeder müsse nach seinem Gewissen entscheiden. Als Präsident des Oberkirchenrates empfahl er der Generalsynode die Annahme des Vertrages.

An das evangelische Volk.

Rundgebung der Generalsynode.

— Berlin, 22. April. Die außerordentliche Tagung der Generalsynode klang aus in einer Rundgebung der obersten kirchlichen Vertretung an das evangelische Volk, die Generalsuperintendent D. Dibelius vorlegte. Sie soll zum Ausdruck bringen, daß die Generalsynode inmitten der geschäftlichen Beratungen nicht einen Augenblick den dunklen Hintergrund der Lage unseres Volkes und Vaterlandes aus dem Auge gelassen hat. In der Rundgebung, die einmütig ohne Aussprache angenommen wurde, heißt es u. a.:

„Die Generalsynode kann nicht vorübergehen an den ungeheuren inneren und äußeren Nöten, unter denen das deutsche Volk in wachsendem Maße leidet. Millionen ihrer Volksgenossen sieht sie arbeitslos am Markte stehen und andere Millionen ihre Arbeit unter schwerer wirtschaftlicher Sorge verrichten. Sie sieht den Ansturm der organisierten Gottlosigkeit sich immer rücksichtsloser gegen die Heiligtümer der Christenheit erheben. Sie sieht das Gewissen verwirrt und den Glauben ohne Kraft bei allzu vielen, die sich zur evangelischen Kirche bekennen. In solchen Stunden weiß sie sich vor Gottes Angesicht gestellt im Geiste der Botschaft, der aus dem Glauben kommt. Die Generalsynode ruft die Gemeinden, die Kreisynoden und die Provinzialsynoden auf, mit allem Ernst über Mittel und Wege zu beraten, bei denen das Verantwortungsbewußtsein der Gemeindeglieder für die Not unseres Volkes vertieft und die Kraft evangelischer Verkündigung gegenüber dem ganzen Volke verstärkt werden kann!“

Kolonien und „Volk ohne Raum“.

(N. 88. vom 17. 4. 31.)

Die Behauptung P. S.'s unter obiger Überschrift, daß die Verkoppelung der Kolonialforderung mit der Raumfrage unehrlich sei, darf nicht unwidersprochen bleiben. Es ist leider Tatsache, daß vor dem Kriege unser Kolonien nicht als Siedlungsgebiet benutzt wurden. Die Gründe dafür sind einmal die Schwierigkeit, Neuland in Angriff zu nehmen und dann auch die eifrige Werbung einiger Kolonialländer, wie Kanada; den Hauptteil zog das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ an sich. Jetzt haben aber fast alle Länder ihre Pforten dem Einwandererstrom verschlossen und ihre Entwicklung geht nicht mehr steil aufwärts. Der Anfangskampf ist daher jetzt in allen diesen Ländern nicht mehr einfacher als in den afrikanischen Kolonialgebieten.

Die klimatischen Verhältnisse im ehemaligen Deutsch-Ostafrika sind im Hochland durchaus für Weiße geeignet, so daß auch dieser Einwand nicht stichhaltig ist.

Gerhard Meyer.

Revolution in der Luftfahrt.

Professor Junkers führt den ersten Diesel-Flugmotor der Welt vor.

— Berlin, 23. April.

Die Forderung nach Sicherheit und Wirtschaftlichkeit in der Luftfahrt ist in allererster Linie ein Motorenproblem. Wenn auch in der Luftfahrt die bisher ausschließlich verwendeten Explosionsmotoren im Laufe der langjährigen Entwicklung an Sicherheit gewonnen haben, so gehen immer noch über 40 Prozent aller im Luftverkehr vorkommenden Unfälle unmittelbar auf den Motor und seinen Betriebsstoff zurück. Jetzt ist es nun Professor Junkers in 20jähriger Forscherarbeit gelungen, den ersten Dieselflugmotor der

Welt zu konstruieren und ein damit ausgestattetes Flugzeug, „Jumo 4“ genannt, auf dem Tempelhofer Feld vorzuführen. Die Einführung dieses Schwerdieselmotors bedeutet eine wahre Revolutionierung der Luftfahrt! Einmal ist dieses Schweröl nicht feuergefährlich, zum andern verringert seine Verwendung die Brennstoffkosten um 65 Prozent, während gleichzeitig die Flugstrecke um 45 Prozent vergrößert wird.

Englischer Dampfer vermisst.

Seit der Abfahrt von Hamburg. — Mit 17 Mann an Bord.

Der englische Frachtdampfer „Calder“ ist mit seiner aus 17 Mann bestehenden Besatzung wahrscheinlich in der Nordsee untergegangen. Das 1107 Tonnenschiff, das im Wochendienst zwischen Hamburg—Gull Goole fuhr, hatte am Freitag den Hamburger Hafen verlassen und ist bisher an seinem Bestimmungsort nicht eingetroffen. Alle drahtlosen Nachforschungen blieben unbeantwortet. In der Hamburger Mündung wurde ein Rettungsboot und ein Rettungsring der „Calder“ an Land gespült, und zwei eintreffende Dampfer berichteten, daß sie in der Hamburger Mündung Wrackstücke hätten treiben sehen. Eine Reihe von Flugzeugen suchte den nördlichen Teil der Nordsee nach Spuren des Schiffes ab.

Freispruch im Frankenthaler Meinelprozess.

— Frankenthal, 23. April. Der zweitägige Meinelprozess gegen den Dirrsteiner Bürgermeister Römer endete mit einem Freispruch. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, das Gericht sei davon überzeugt, daß zwischen Hitler und den pfälzischen Separatisten keine Beziehungen bestanden haben, es unterstelle aber auch als wahr, daß Heinz-Orbis dem Beklagten gegenüber solche Beziehungen vorgetäuscht habe. Der Angeklagte sei daher freizusprechen gewesen.

Verschiedenes.

Der Deutsche Christliche Techniker-Bund ladet alle christlichen Techniker und Ingenieure mit ihren erwachsenen Angehörigen zu seiner diesjährigen Hauptkonferenz zu Pfingsten vom 23. bis 26. Mai 1931 auf der Wuppertal-Barmen herzlich ein. Die Tagung steht unter dem Leitgedanken: Der Christ und sein Lebensraum. Für die Vorträge sind u. a. Herr Hfr. D. Gumburg und Herr Oberstudienrat Dr. Dr. Rastan aus W.-Barmen gewonnen. In dem Erholungsheim „Balmos“ der Zeltmission bei Geisweid a. d. Sieg ist anschließend eine viertägige Bibelfeiertage geplant.

Alle Anfragen und Anmeldungen sind an die Bundesgeschäftsstelle Berlin SW 68, Wilhelmstraße 34 zu richten. Sie erteilt gern weitere Auskunft und versendet kostenfrei das Programm.

Außer der Einladung werden studierende Techniker und Ingenieure auf die an den meisten technischen Lehranstalten Deutschlands bestehenden Ortsgruppen hingewiesen, wo sie für die Gestaltung ihres inneren und äußeren Lebensweges wertvolle Anregungen erhalten und zu jeder Freundschaft reichlich Gelegenheit finden.

Evangelische Palästinafahrten. Augenblicklich finden wiederum 2 evangelische Palästinafahrten statt. In diesem Sommer (Juni und August) sollen weitere evangelische Gesellschaftsreisen nach Syrien und Palästina unternommen werden. Diese Reisen im kleinen Kreise von gleichgestellten Menschen wollen Gelegenheit zur Erholung und Ausspannung, aber ebenso die Möglichkeit zum Studium von Land und Leuten, Sitten und Gebräuchen, Kunst und Geschichte der Bibelländer geben. Alle historischen und biblischen Orte werden eingehend besichtigt, wobei die Führung in den Händen bester Kenner von Land und Leuten liegt. Der Schriftführer des Komitees für die Veranstaltung evangelischer Sonderfahrten ins heilige Land ist Generaldirektor Dräsen-Düffeldorf, Schillerstraße 12, bei dem jede weitere Auskunft eingeholt werden kann.

Reichstagung in Hannover. Der Evangelische Reichsverband weiblicher Jugend, der mit 7 000 Vereinen und rund 240 000 Mitgliedern zu den größten Jugendverbänden Deutschlands gehört, hält Pfingsten dieses Jahres in Hannover seine 6. Reichstagung ab. Gleichzeitig hält der Landesverband der evangelischen weiblichen Jugend Hannovers die Feier seines 25-jährigen Bestehens (500 Vereine, 12 000 Mitglieder) ab. Die ganze Tagung steht unter dem Leitwort: „Dein Reich komme“, und wird die großen Fragen evangelischer Lebensgestaltung und ihrer Beziehung zu Volk und Völkern durchgearbeitet. Dazu tritt eine Reihe von gottesdienstlichen Feiern in den Kirchen der Stadt und im Ruppelsaal der Stadthalle und ein Festnachmittag im Stadion; am Pfingstmontagabend wird im Ruppelsaal der Stadthalle ein Sing- und Sprechspiel: „Sein Reich kommt“ aufgeführt werden, das eigens für die Tagung geschaffen worden ist. Man rechnet mit ungefähr 4-5 000 Teilnehmern aus dem Reich, für die in Hannover freigequartiert beschickt werden, und mit der gleichen Anzahl von Teilnehmern aus der Provinz Hannover, die zur 25-Jahrfeier ihres Verbandes kommen werden.

Bethel.

Dratorienchor. Heute (Donnerstag) Übung 8 1/2 Uhr.

— Christlicher Verein junger Männer.

Sonntag, d. 26. April: 29. Jahresfest.

9 Uhr im Sarepta Festgottesdienst mit anschließender Beichte und Abendmahlsfeier. Abends 7 1/2 Uhr im Amphitheater öffentlicher Festabend. Redner: Reichsward D. Stange, P. Jungblut und P. Legtmeier, welcher von seiner Palästinafahrt erzählt. (Programme, 20 Pf. zur Deckung der Unkosten, durch Anstaltspost und Telefonhaus zu haben.)

Anzeigen aus Bethel.

Für zwei gebildete, gut angelegte junge Mädchen wird Hausmutterstelle in Bethel gesucht.

Nähere Auskunft erteilt gern

Frau Henkel, Sarowweg 22.

Schriftleitung: B. Knaa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Huttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Gott gab uns heute ein gesundes Söhnlein

Johann Wilhelm Walter

Pastor Walter Thiemann und Frau Hilde geb. Schmitz

Leckeburg, den 19. April 1931

Ev. Volkshochschulheim Lindenhof.

Herzlichen Dank

allen lieben Freunden, die uns anlässlich der Feier unserer Silberhochzeit durch einen Gruß treuen Gedankens erfreut haben.

Organist Seiler und Frau.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz Oranien, Oranienstr. 53. Zimmer mit und ohne Verpflegung, 5 Min. vom Bahnhof. Mäßige Preise.

Bad Berka. In kleinem Erholungsheim finden

3-4 junge Mädchen

Aufnahme zur Erlernung der Küche, des Haushalts, anfertigen v. Wäsche u. Kleider, Handarbeiten. Pensionspreis 60 Mk. monatlich. Ebenso finden junge Mädchen u. Kinder guten

Erholungsaufenthalt

für kürzere u. längere Zeit bei mäß. Preis. C. Rost, Klosterberg 59a.

Ärztlich empfohlen

Pastor Felkes

Magenstärker

hilft bei allen Magenbeschwerden ganz hervorragend. Erhältlich in den Apotheken, wo nicht, direkte Zusendung ohne Preisauflage franco gegen Nachnahme (Mk. 3,50 d. Fl.) durch die allein berechnete Herstellerin:

Firma Hermine Schmitz, Duisburg

Fabr. pharmaz. Präparate, gegr. 1903

Erholungsbedürftige

finden freundliche Aufnahme.

Frau Luise Pischke,

Luftkurort Alrode a. Harz.

Carl Leppér

Bielefeld, Behrenberg 23

Fernsprecher 976.

Spezialhaus

für erstklassige

und solide

Schuwaren

jeder Art.

Stets billige Preise.

Kleine christliche

Privat-Pension

auch ohne Verpflegung mit

Küchenbenutzung. Landhaus

Witwe Aug. Schomburg,

Luftkurort Alrode a. Harz.

Der schönste und modernste

Blumenschmuck

für Veranda, Balkon und Fenster-

bretter sind unstreitig meine

echten oberbayerischen

Gebirgs-Hängengelken

Versand überallhin. Illustrierte

Preisliste gratis und franko.

A. Gnadt, Versandgärtnerei,

Trudering 461 (Oberbayern)

Zu vermieten:

Im Gemeinschaftshaus der

Landesf. Gemeinschaft E. B.

Bremen, i. d. Rinken 21.

Beschlagnahmefreie, ruhige,

abgeschlossene erste Etage, mit

Heiz- und Warmw. 4 Zimm.

Küche und Baderäume etc.

RM 120 monatlich, sof. beziehb.

1 Minute vom Befertrand.

Ernst Münch, Brackwede

Telefon 2426 Gegr. 1886 Hauptstraße 81

Uhrmachermeister, Optiker

ZentRa- und ZentRa-Tavannes Uhren

Platina Bestecke, einziges Fabrikat mit eingelöteten Silberplatten an den Aufhängestellen

Moderne Augenoptik, Brillen, Klemmer,

Ferngläser, Theatergläser, Schmuck,

Alfenidewaren, Kristall, Trauringe.

Auf sämtl. Großuhren und Wecker weitgehendsten

Preis-Abbau.

Nr. 95.

Wenn Nicht Müh und

Weltwir

Ueber das

Pittsburgh (N

wegen ihrer

einen Umschw

zeigt, allgemei

hier im Auszu

„Unsere ge

gegenfeitig u

welche die Ma

gende. Fäden

welcher die B

so verlängert

wissen kann,

ist, bis er die

Cuba empfa

Mississipp

Liverpool

ig bemerkbar

Jahre 1920 d

größeren Teil

zur Arbeitslo

ein Drittel u

Staaten (Un

gab es eine f

feren nördlic

Rasseschwierig

und uns wies

durch nichts

eines Volkes,

(Deutschland),

wirtschaftliche

Frangöfisi

einer Anleihe

lung der de

schaftliches A

folge des ve

einen Anreiz,

tern. Wenn

einer trinkt,

irgendwem

Zeit ließen si

nitoba nie

fehlen die

gung, die da

Insfolgedessen

afrika und

mobile, Bau

Markt von

der Farmer i

Nur noch ein

Ein deutsc

dung fächfich

belgischen R